

Wer hat Angst vor dem Schurkenstaat?

Im rhetorischen Kampf gegen die staatlichen Ambitionen der Gegenseite konstruieren die Bürgerkriegsparteien gezielt Feindbilder – und gefährden damit den Friedensprozeß

Benedikt Korf

Die Formel „*war for peace*“ ist keine Erfindung des amerikanischen Präsidenten. Auch die srilankische Präsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunge nutzte dieses Paradigma in ihrer rhetorischen und realen Schlacht gegen die tamilischen Befreiungstiger im Nordosten Sri Lankas, die seit fast zwanzig Jahren für einen unabhängigen Staat kämpfen. Im derzeitigen Sri Lanka findet trotz der laufenden „Friedensverhandlungen“, aus dem Paradigma des „*war for peace*“ hervorgehend, eine diskursive Konstruktion von „Schurkenstaaten“ statt, die sich gegen die staatlichen Ambitionen des jeweiligen „ethnisch Anderen“ richtet. Dies ist verbunden mit dem Einfluß der globalen Terrorismusdiskurse nach dem 11. September, dem Afghanistan- und dem Irakkrieg, die die Verhandlungspositionen und Rhetorik der Bürgerkriegsparteien in Sri Lanka beeinflussen.

Zwanzig lange Jahre führten die tamilischen Befreiungstiger (LTTE) und die singhalesisch dominierte Zentralregierung in Sri Lanka einen blutigen Bürgerkrieg. Erst im Februar 2002 wurde zwischen den beiden Kriegsparteien ein Waffenstillstand geschlossen und ein Prozeß der Friedensverhandlungen begonnen, der von norwegischen Diplomaten moderiert wird. Dies beendete die Politik der Stärke der srilankischen Präsidentin gegenüber den Rebellen, die schon längst an Schlagkraft verloren hatte. (1) Diese Politik berief sich insbesondere auf zwei Ideologien, deren Überzeugungskraft ebenso nachgelassen hatte: „*war for peace*“ und „*war with growth*“.

Die Strategie des „*war for peace*“ wollte den ethnisierten Konflikt in Sri Lanka aus

einer Position der Härte gegenüber den tamilischen Rebellen entscheiden, während auf politischer Ebene halbherzige Reformvorschläge vorgelegt wurden, die der mehrheitlich von Tamilen bewohnten Nordostprovinz eine größere Autonomie zugestehen sollte. Dies sollte die tamilische Zivilbevölkerung von den tamilischen „Terroristen“ politisch abkoppeln („*winning the hearts and minds of the Tamil people*“ in den Worten der Präsidentin). Die zweite Ideologie des „*war with growth*“ versuchte die singhalesische Mehrheit in der Illusion zu wiegen, der Krieg könne ohne Abstriche an der wirtschaftlichen Entwicklung im Rest des Landes (im „Süden“) geführt werden. Erst als die srilankische Volkswirtschaft 2000/2001 in eine Rezession rutschte, die durch den

LTTE-Anschlag auf den Flughafen in Colombo im Sommer 2001 noch verstärkt wurde, wurde deutlich, daß der Krieg auch spürbare negative Auswirkungen für den Rest des Landes haben konnte. (2)

Je mehr sich die Doppelstrategie des „*war with growth*“ und „*war for peace*“ als Illusion erwies, desto stärker stieg der öffentliche Druck auf eine Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen mit der LTTE. Auch die Weltbank identifizierte in einer Studie den Bürgerkrieg als grundlegendes Wachstumshindernis (3) (World Bank 2000). Bei den Parlamentswahlen im Dezember 2001 erhielt die bisherige Opposition mit einem eindeutigen Friedenskurs eine überzeugende Mehrheit im Parlament, die Präsidentin gehört

aber weiterhin der bis dahin regierenden *People's Alliance* (PA) an. Der Friedenskurs der Konfliktakteure wurde auch durch die neuen globalen Terrorismusdiskurse vorangetrieben. Die LTTE, von den USA, Indien und anderen Staaten als Terror-

„Durch die Konstruktion von Schurkenstaatsbildern wird versucht, die Verhandlungsposition und die Legitimität der politischen Forderungen der anderen Seite zu unterminieren“

organisation geächtet, geriet zunehmend unter Druck, denn ihre Finanzierungsquellen aus der Diaspora waren nun viel schwieriger zu nutzen. Gleichzeitig bestand die Gefahr, daß die Regierung als Teilnehmerin im globalen Kampf gegen den Terrorismus eine neue Legitimierung für ihren Kampf gegen die tamilischen Rebellen fand, was ihr einen komparativen Vorteil in der internationalen Reputation eröffnete. Internationale Diskurse zum Terrorismus und jüngst zum Irakkrieg werden in Sri Lanka sehr sorgfältig beobachtet und es entstehen vielfältige Populärtheorien dazu, wie diese die Position der Verhandlungspartner im derzeitigen Friedensprozeß beeinflussen.⁽⁴⁾ Internationale und lokale Diskurse sind eng miteinander verzahnt und die internationalen Agenden können die lokale Praxis signifikant beeinflussen, wie im Falle der Aufnahme von Friedensverhandlungen in Sri Lanka zu erkennen ist.

Schurkenstaatskonstruktionen in Sri Lanka

Beobachtet man die derzeitigen politischen Diskurse im Sri Lanka der Friedensverhandlungen, kann man sich des

Eindrucks nicht erwehren, hier würden Bilder von Schurkenstaaten des „ethnisch Anderen“ erzeugt. Dies geschieht von Akteuren innerhalb aller drei wichtigen ethnischen Gruppen: den Singhalesen, Tamilen und Muslimen. Diskurse sollen Fakten schaffen: Durch die Konstruktion von Schurkenstaatsbildern wird, so das Argument in diesem Beitrag, die Verhandlungsposition und die Legitimität der politischen Forderungen der anderen Seite zu unterminieren versucht.

In weiten Teilen der singhalesischen Elite in Colombo wird oft die Legitimität der LTTE in Frage gestellt mit dem Hinweis darauf, daß es sich bei der LTTE um eine terroristische Gruppe handelt. Mit Rekurs auf die internationale Terrorismusdebatte hat der Terrorvorwurf die Rolle eines Totschlagarguments erhalten: Die srilankische Regierung reiht sich ein in die Riege der demokratischen Staaten der westlichen Welt im Kampf gegen den Terror. Bei einem von der LTTE inszenierten Tamilenstaat kann es sich deshalb nur um einen Schurkenstaat handeln, dem jegliche Legitimation fehlt, denn er bedroht die demokratisch legitimierte Staatlichkeit Sri Lankas. In dieser Sichtweise nutzt die LTTE den derzeitigen Friedensprozeß, um einen Schurkenstaat im Nordosten zu etablieren, ihre politischen Gegner zu eliminieren und die staatliche Integrität Sri Lankas in Frage zu stellen (obwohl sie sich öffentlich in den Verhandlungen zu einer föderalen Lösung innerhalb des srilankischen Staates bekannt hat). Zur Unterstreichung dieses Arguments wird immer wieder argumentiert, es sei schließlich die LTTE gewesen, die in früheren Friedensverhandlungen zu Kampfhandlungen zurückgekehrt sei (1990, 1995) und damit ihre Unberechenbarkeit als Terrororganisation unter Beweis gestellt habe.

In der englischsprachigen Presse in Sri Lanka wird vor allem die Zeitung *The Island* nicht müde, immer wieder auf die potentielle Untergrabung der Integrität des srilankischen Staates durch die Forderungen der LTTE hinzuweisen. Insbesondere wird auf die Unterscheidung zwischen den legitimen Streitkräften des srilankischen Staates und den „Terrortruppen“ der LTTE bestanden.⁽⁵⁾ Zugeständnisse der Regierung an die LTTE werden dahingehend beurteilt, daß sie ein

terroristisches Regime unterstützen und legitimieren und die Integrität des srilankischen Staates gefährden. Aus dieser Sicht wird auch die Rolle internationaler Mächte und insbesondere der norwegischen Verhandlungsmoderation kritisiert. So warf auf einer Tagung in Matara Ende November der singhalesische Akademiker Sasantha Goonatilaka in einem Vortrag „den Norwegern“ vor, Sri Lanka kolonialisieren zu wollen. Ähnliche Argumente wurden bereits seit einigen Monaten im *Island* verbreitet.⁽⁶⁾

Die Strategie, die hinter diesen politischen Diskursen steht, kann den weiteren Friedensprozeß unterminieren: Kann man die LTTE als pure Terrororganisation (ohne legitime politische Basis) „entlarven“ und ihre Bemühungen, eigene Staatlichkeit im Nordosten zu schaffen, als Angriff auf die Integrität des srilankischen Staates brandmarken, muß man sich weniger mit den konkreten politischen Fragen eines nachhaltigen und demokratischen Ausgleichs mit den anderen ethnischen Gruppen bemühen. Durch die Untergrabung der Legitimität der anderen Seite können deren politi-

„Der Hinweis auf den drohenden Terrorstaat im Nordosten ist auch ein Versuch der Colombo-Elite, von gesamtstaatlichem Reformbedarf abzulenken“

sche Forderungen leichter zurückgewiesen werden, denn ein Eingehen auf diese würde in dieser Argumentation nur den Schurkenstaat im Nordosten stärken. Deshalb kann aus dieser Perzeption eine Autonomie des Nordostens nicht befürwortet werden, solange die LTTE dort ihren „Terrorstaat“ unterhält.

Der Hinweis auf den drohenden Terrorstaat im Nordosten ist auch ein Versuch der Colombo-Elite, von gesamtstaatlichem Reformbedarf in verschiedenen sozialen und politischen Feldern ab-



Zum Regieren bereit: LTTE-Büro in Mannar im Norden des Landes (Foto: Jürgen Clemens)

zulenken: Die Unterentwicklung des Südens wird zu einem nicht geringen Grad durch die Korruption und Vetternwirtschaft reproduziert, von der vor allem die englischsprachige Elite in Colombo und eine lokale, politische Elite, die sich auf Klientelbeziehungen stützt, profitiert. Auch wird durch den Terrorismus- und Schurkenstaatsvorwurf verschleiert, daß die Demokratie in Sri Lanka wohl nur noch formal besteht: Von 1977 bis 2002 regierte die Zentralregierung unter dem *Prevention of Terrorism Act* (PTA), der der Exekutive weitreichende Befugnisse einräumte. Unter dem Deckmantel des Bürgerkrieges und der Rechtfertigung als Terrorismusbekämpfung kam es zu eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch die srilankische Armee (Folter, Ermordung von Zivilisten etc.). In der Substanz erscheint der demokratische Rechtsstaat aufgrund nepotistischer Klientelstrukturen zunehmend ausgehöhlt.⁽⁷⁾

Tamilische Schurkenstaatsdiskurse

Im tamilischen Diskurs wurde der srilankische Staat zum „Schurkenstaat“, der der tamilischen Minderheit gleiche Rechte verweigert hat und sie diskriminiert. Somit fühlen sich viele Tamilen in Sri Lanka als Bürger zweiter Klasse. Seit der Eskalation des ethnisierten Konfliktes dominiert Polizei und Militär, die fast ausschließlich Singhalesen rekrutieren, den öffentlichen Raum im Nordosten außerhalb der Gebiete, die von der LTTE kontrolliert werden. Die Armee etablierte ein System von *Checkpoints* mit täglichen Kontrollen der Zivilbevölkerung. Dies eröffnet täglichen Schikanen Tür und Tor und führt zu einem System der Unberechenbarkeit. Rechtsstaatliche Prinzipien waren in den Bürgerkriegsgebieten weitgehend außer Kraft gesetzt, auch aufgrund des Ausnahmezustandes. Das Militär erscheint vielen Tamilen als fremde Besatzungsarmee, nicht jedoch als legitime Vertreterin des srilankischen Staates.

Unter dem Schutz von Polizei und Armee konnten Singhalesen im Nordosten illegale Aktivitäten durchführen, z. B. verlassenen Besitz übernehmen, Fische-

reigründe ausbeuten, zu denen tamilischen Fischern der Zugang verwehrt wurde. Dies erschien in den Augen vieler Tamilen als eine Fortführung der staatlichen Diskriminierung, die sich in den 1960er und 1970er Jahren in der Sprachen- und Bildungspolitik reproduziert hatte. Der Bürgerkrieg führte zu einem ökonomischen Niedergang der Kriegsgebiete, viele wohlhabende Tamilen wanderten aus, so daß es zu einem *brain drain* gekommen ist. Tamilen argumentieren, daß sie es waren, die das Hauptleid des Krieges tragen mußten: Familienangehörige wurden umgebracht, Familien mußten vor der

„Der globale
Terrorismuskurs nach
dem 11. September hat
dem Schurkenstaats-
argument
singhalesischer
Nationalisten neue
Schlagkraft gegeben
und damit die
tamilische
Verhandlungsposition
geschwächt“

Gewalt fliehen, verloren ihren Besitz und Kinder konnten nicht ihre Schulausbildung abschließen. Der Sicherheitsstaat stellte jeden Tamilen unter Generalverdacht, so konnten sich tamilische Zivilisten nirgendwo in diesem srilankischen Staat frei bewegen, immer mußten sie mit Verhören und sogar Verhaftungen rechnen, sei es bei *Checkpoints* im Kriegsgebiet oder in Colombo. Diese Einstellung des Staates unterhöhlte die Würde der tamilischen Bevölkerung und führte zu einer weiteren Distanzierung zwischen Staat und tamilischen Bürgern.

Wie sollten Tamilen diesen Staat, der sie unter den Generalverdacht des Terrorismus stellt, als ihren eigenen Staat ansehen? Die staatliche Repression, gerechtfertigt durch den Kampf gegen den Ter-

rorismus, führte vielmehr dazu, daß weite Teile der tamilischen Bevölkerung im kriegsversehrten Nordosten die LTTE während der letzten Jahre des Bürgerkrieges offen oder stillschweigend unterstützt haben, oft aus dem Gefühl heraus, daß ohne die LTTE niemand politischen Druck auf die Regierung auszuüben imstande war, um sie zu einer Lösung des Minderheitenproblems zu zwingen. Dies führt auch dazu, daß die autoritären Tendenzen der LTTE, die sich auch nach dem Waffenstillstand zeigen, von vielen Tamilen im Nordosten übersehen werden. Viele tamilische Intellektuelle, die als LTTE-kritisch galten, unterstützen nun offen die Positionen der *Tigers*.

Der Schurkenstaat, der hier konstruiert wird, ist der srilankische Staat und dessen politisch-administratives System, das die Integrität des *Tamil Eelam* mit seiner Besiedlungspolitik und einer ethnisch diskriminierenden Politik zu unterminieren suchte. Die Versuche der LTTE, quasi-staatliche Strukturen im Nordosten zu etablieren, werden deshalb von vielen Tamilen toleriert, wenn nicht sogar gutgeheißen, denn es erscheint legitim in der Bildung eines tamilischen *Homelands* in Abgrenzung zum singhalesischen „Schurkenstaat“. Auch wenn die LTTE in den laufenden Friedensverhandlungen einer föderalen Lösung innerhalb des srilankischen Staates zugestimmt hat, so wird doch auf tamilischer Seite erwartet, daß der Nordosten weitreichende Autonomien zugestanden bekommt, als Garantie gegen die Aggressivität des srilankischen Schurkenstaates gegenüber der tamilischen Bevölkerung. Die LTTE scheint in der Zwischenzeit „Fakten“ schaffen zu wollen, indem sie im von ihr kontrollierten Wannu quasi-staatliche Strukturen etabliert (Justizsystem, Zoll, Polizei), die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Informationen darüber bilden wiederum weiteren Nährstoff für die Schurkenstaatsdiskurse in der singhalesischen Presse.

Die tamilische Gesellschaft ist jedoch geographisch, sozial und politisch fragmentiert: Die Schurkenstaatsdiskurse von Tamilen im Nordosten werden nicht notwendigerweise von Tamilen in Colombo geteilt. Insbesondere die tamilische Geschäftselite in Colombo hat wenig Verständnis für die Attitüden der *Tigers*. Die

Bevölkerung in den ehemaligen Kriegsgebieten hat ambivalente Gefühle gegenüber den zunehmend autoritären Tendenzen der LTTE nach dem Waffenstillstand, die eher erduldet als gutgeheißen werden: Politischer Widerspruch wird bestraft, Oppositionelle eingeschüchert und ermordet, illegale Steuern erhoben, ohne daß der Bevölkerung Rechenschaft darüber abgelegt würde, wofür diese Mit-

außerhalb des Nordostens, aber innerhalb Sri Lankas, Zuflucht gefunden haben, vor allem in Colombo, müssen ihr „tamilischsein“ (*tamilness*) im öffentlichen und privaten Raum neu aushandeln: Während der innere Zusammenhalt im privaten Raum unter den Tamilen durch das gemeinsame Leid verstärkt wurde, wird die tamilische Identität im öffentlichen Raum möglichst versteckt, um nicht unnötig Ärger mit den Sicherheitsorganen zu bekommen.(11)

Der globale tamilische „Nationen“-Diskurs bot der LTTE Raum, über die wirtschaftliche Macht der Diaspora ihren Kampf zu finanzieren. Dieser nationalistische Diskurs wurde jedoch seit dem 11. September durch einen anderen globalen Diskurs überlagert: dem der Terrorismusbekämpfung. Seit die USA den Kampf gegen den Terror zu einer ihrer größten nationalen Prioritäten gemacht haben, wird auch die Luft für die globalen Netzwerke tamilischer Nationenreproduktion dünner. Jetzt geht es nicht mehr um die Unterstützung von „Freiheitskämpfern“ einer unterdrückten Minderheit, sondern um die Förderung von „Terroristen“. Dieser Terrorismusdiskurs hat dem Schurkenstaatsargument singhalesischer Nationalisten neue Schlagkraft gegeben und damit die tamilische Verhandlungsposition geschwächt, denn militärisches Vorgehen gegen die LTTE kann nun diskursiv in den weltweiten Kampf gegen den Terror eingeordnet werden.

Muslimische Schurkenstaatsdiskurse

Neben den Schurkenstaatsbildern singhalesischer und tamilischer Nationalisten ist ein weiterer Schurkenstaatsdiskurs getreten: Muslimische Politiker versuchen verstärkt, die muslimische Frage im Osten Sri Lankas auf die politische Agenda zu bringen. Viele Muslime im Osten sehen einer weitgehenden Autonomie des Nordostens unter Federführung der LTTE mit Reservation entgegen, denn sie befürchten, als Minderheit in einem von der LTTE dominierten Nordoststaat diskriminiert zu werden. Die Muslime fühlen sich deshalb vom „Schurkenstaat“ der

Tigers bedroht und unterdrückt, denn für sie besteht dieser Schurkenstaat bereits durch die illegal erhobenen Steuern, die die LTTE im Osten von muslimischen Bauer, Fischern und Händlern erhebt. Die tamilisch-muslimischen Beziehungen leiden auch unter konkurrierenden Ansprüchen an Landrechten und ethnisch dominierten Handelsstrukturen. Ein großer Teil des muslimischen Landbesitzes in Batticaloa liegt in den von der LTTE kontrollierten Gebieten und ist seit dem Waffenstillstand von der LTTE erst teilweise an die muslimischen Besitzer zurückgegeben worden. Die Frustration und Antagonismen zwischen den beiden Gruppen scheinen sich soweit aufgestaut zu haben, daß sie schon bei kleinen Anlässen aktiviert und kollektive Betroffenheit und Aggressivität gegen den ethnischen Anderen erzeugt werden kann. In den 1990er Jahren kam es zu vielen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und Tamilen an der Ostküste, und seit dem Waffenstillstand hat sich diese Gegend als besonders instabil erwiesen.

Politisch hat sich in den letzten zwanzig Jahren mit dem *Sri Lanka Muslim Congress* (SLMC) eine Partei etabliert, die explizit die Interessen der Ostküstenmuslime vertritt. Diese Partei hat in der nationalen Politik die Rolle des Züngleins an der Waage übernommen, die der jeweiligen singhalesischen Mehrheitspartei die absolute Mehrheit im Parlament sichert. Der SLMC hat sich deshalb von Anbeginn als klientelistische und ethnische Partei verstanden und vor allem für Entwicklungsvorhaben in muslimischen Gebieten Lobbyarbeit betrieben. Auch gab es verschiedene Versuche, als Reaktion auf die muslimisch-tamilischen Unruhen in den letzten Monaten eine Verwaltungsbezirksreform durchzusetzen, die zu ethnisch homogenen Einheiten führen sollte.

Diese Versuche, die muslimischen Interessen aktiv zu vertreten, hat unter der tamilischen Bevölkerung im Osten viele Ressentiments geschürt: Insbesondere wird den Muslimen vorgeworfen, sich mit der Armee und der Regierung verbündet zu haben, um als Kriegsgewinnler den Handel zu kontrollieren und Staatsgelder in muslimische Gebiete zu leiten. Viele Tamilen reagieren mit einer gewissen Ver-

„Muslimische Politiker nutzen das Schurkenstaatsmodell, um die Legitimation für ein muslimisches Homeland zu konstruieren“

tel verwendet werden.(8) Auch führt die LTTE weiterhin Kinderrekrutierungen durch, um ihre Armeekader aufzufüllen. Dies scheint bei einigen Tamilen im Nordosten zu einem Umdenken zu führen, denn sie wünschen sich keinen autoritären Staat im Nordosten, der von der LTTE dominiert wird.

Schurkenstaatsdiskurse finden aber fruchtbaren Boden in der tamilischen Diaspora. Viele wohlhabendere Tamilen sind nach Colombo und ins Ausland geflohen. Es wird geschätzt, daß ca. 700.000 Tamilen im Ausland leben, was ungefähr einem Drittel der tamilischen Vorkriegsbevölkerung in Sri Lanka entspricht.(9) Ein enges Netz transnationaler familiärer Beziehungen wird politisch auf *Tamil Eelam* eingeschworen durch ein gut organisiertes System von Informationen und Propaganda, auch über das Internet. Die tamilische „Nation“ entsteht hier als Ikone, nicht als Platz zum Leben, sondern als etwas, an das man glauben kann und das eine vereinigende Ideologie bietet (Jeganathan 1998).(10)

Dies hat dazu geführt, daß die politischen Forderungen aus der Diaspora oft radikaler und weniger kompromißbereit sind als diejenigen unter Tamilen, die im Nordosten Sri Lankas leben. Tamilen, die

bitterung auf die Forderungen nach einem muslimischen *Homeland*, das sie als Bedrohung für ihr eigenes *Tamil Eelam* empfinden. In ihren Augen wollen sich die Muslime ein eigenes *Homeland* „erschleichen“, im Gegensatz zu den Tamilen, die für ihr *Eelam* verlustreich gekämpft und gelitten und es sich damit sozusagen verdient hätten.

Einige muslimische Politiker nutzen das Schurkenstaatsmodell - hier angewandt auf die informelle Herrschaft der LTTE in weiten Teilen der Ostküste -, um die Legitimation für ein muslimisches *Homeland* zu konstruieren.⁽¹²⁾ Die Unruhen zwischen Tamilen und Muslimen geben ihnen dazu die Legitimität, denn sie zeigt die Verwundbarkeit der muslimischen Minderheit auf: Sollte die LTTE die volle Kontrolle über einen autonomen Nordosten erhalten, dann gäbe es keinen spezifischen Schutz für die muslimische

„Die Schurkenstaatsdiskurse sind eine Gefahr für eine konstruktive Konfliktschlichtung, Friedensbildung und soziale Entwicklung in Sri Lanka“

Minderheit mehr, der jetzt noch durch die Präsenz von Armee und Polizei zumindest teilweise gegeben ist. Muslimische Politiker in Colombo reagieren auf die von ihnen wahrgenommenen Bedrohungen von Seiten der LTTE und Teilen der tamilischen Öffentlichkeit mit dem Versuch, die Muslime als Opfer eines tamilischen Schurkenstaates darzustellen. Damit können sie sich der Unterstützung derjenigen singhalesischen Kreise sichern, die ihrerseits Schurkenstaatsbilder des tamilischen Terrorstaates konstruieren. Für diese sind die muslimischen *Homeland*-Forderungen vor allem Mittel zum Zweck; sie helfen, die Legitimation eines tamilischen *Homelands* im ganzen Nordosten in Frage zu stellen.

Wofür Frieden?

Die Schurkenstaatsdiskurse, die in diesem Beitrag beschrieben wurden, sind eine Gefahr für eine konstruktive Konfliktschlichtung, Friedensbildung und soziale Entwicklung in Sri Lanka. Obwohl seit über einem Jahr ein Waffenstillstand besteht, sind die Konfliktparteien noch nicht sehr weit auf dem Weg zu einem nachhaltigen „demokratischen“ Frieden gekommen. Dieser ist meines Erachtens nur möglich, wenn es zu einer grundlegenden Reform der politischen Institutionen - der politischen Kultur - in Sri Lanka kommt, die den Schurkenstaatsdiskursen den Boden entzieht. Denn Sri Lanka ist im Kern ein Klientelstaat, in dem durch die Konstruktion ethnisierten Diskurses Netzwerke und Strukturen des Nepotismus legitimiert und reproduziert werden. Es geht in der weiteren Ausformung des Friedensprozesses insbesondere darum, auf die sozialen, politischen und geographischen Strukturbrüche in Sri Lanka hinzuweisen, die über ethnische Identitäten hinausgehen: der zentralistische Staat, die Bevorzugung einer kleinen englischsprachigen Elite in den attraktiven Jobs im Privatsektor in Colombo und zunehmen-

de Dichotomien zwischen der ökonomischen und politischen Metropole Colombo und den ländlichen Regionen. Diese Strukturbrüche betreffen tamilische ebenso wie singhalesische und muslimisch bewohnte Gebiete. D

► **Zum Autor:** Benedikt Korf ist Doktorant an der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet als freiberuflicher Berater in der Entwicklungszusammenarbeit. Der Autor dankt Christine Bigdon, Markus Mayer, Christine Schenk und Yuvaraj Thangarajah für wertvolle Hinweise und Kritikpunkte zu früheren Fassungen dieses Artikels.

Anmerkungen:

- (1) Der LTTE gelang es in einer militärischen Offensive im April und Mai 2000 den strategischen Elephant Pass nördlich von Kilinochchi von Regierungstruppen einzunehmen und bis kurz vor Jaffna vorzudringen. Auch wenn die Armee die LTTE letztendlich von einer Einnahme Jaffnas abhalten konnte, waren die Regierungstruppen angeschlagen, insbesondere nachdem Gegenoffensiven zu hohen Verlusten aber nur geringen territorialen Gewinnen führten.
- (2) Vgl. Darini Rajasingham-Senanayake (2003): *The Economics of Peace*, Polity 1 (1), 15-20.
- (3) World Bank 2000: *Sri Lanka: Recapturing Missed Opportunities*. World Bank Country Report. Washington D.C.: World Bank.
- (4) Vgl. die Analyse des srilankischen Politikwissenschaftlers Jayadeva Uyangoda in der *Daily News* vom 28. Mai 2003: *Sri Lanka's peace process: from crisis to paradigm shift?*.
- (5) *The Island* vom 6. Mai 2003. Diese grundlegende Haltung wird auch in einem Zitat aus dem Editorial des *Island* vom 13. Juni 2003 deutlich. Dort heißt es: „Pro-LTTE journals have been at pains to complain about recruitment by the government to the armed forces as well as purchase of military equipment, forgetting that the armed forces of a nation have to be in a state of readiness to meet internal and external threats and it cannot be compared with clandestine forces of a terrorist organisation“.
- (6) Susantha Goonatilaka: *Norway, A 25 Year Odyssey: From Sympathiser to Colonial Intruder*, Vortrag auf der 9. International Conference on Sri Lanka Studies (ICSLS), Matara 28 bis 30 November 2003.
- (7) Vgl. J. Uyangoda (2000): *A State of Desire? Some Reflections on the Unreformability of Sri Lanka's Post-Colonial Polity*, in S. T. Hettige and M. Mayer (Hrsg.): *Sri Lanka at Crossroads*. Delhi: Macmillan.
- (8) Dies ist insbesondere vom tamilischen Ökonomen Muttukrishna Sarvananthan vom International Centre for Ethnic Studies (ICES) in Colombo kritisiert worden. In einem Vortrag an der Universität in Jaffna im Januar 2003 mit dem Titel „What Impede Economics Revival in the North&East Province of Sri Lanka?“ warf Sarvananthan der LTTE vor, mitverantwortlich für die wirtschaftliche Krise im Nordosten zu sein.
- (9) Vgl. Oivind Fuglerud (1999): *Life on the Outside: The Tamil Diaspora and Long-distance Nationalism*. London: Pluto Press.
- (10) Vgl. Pradeep Jeganathan (1998): *eelam.com: Place, Nation, and Imagination in Cyberspace*, *Public Culture* 10 (3), 515-528.
- (11) M. Siddharthan (2003): *Negotiating „Tamilness“: A Case Study of Jaffna Tamil Migrants to Colombo since 1990*, in Markus Mayer et al. (Hrsg.): *Building Local Capacities for Peace: Rethinking Conflict and Development in Sri Lanka*. Delhi: Macmillan.
- (12) Dies wird doch geschürt durch interne Konkurrenz um den politischen Führungsanspruch innerhalb des SLMC, so daß sich verschiedene Politiker als besonders gute Interessenvertreter der Ostküstenmuslime zu profilieren suchen und damit besonders radikale Forderungen aufstellen.